

Sitzung vom 21. Mai 2015

# Nachrichten aus dem Zentralvorstand

**Tarifstruktur TARMED** – Die Vereinfachung der Tarifstruktur TARMED ist ein erklärtes Ziel der Partner für die Gesamtrevision. Im Fokus stehen vor allem die sehr häufig erbrachten Leistungen mit einem hohen Volumen im praxis- und spitalambulanten Bereich. Die Tarifrevision wird gemäss den Tarifierungsgrundsätzen umgesetzt. Für eine homogene Tarifstruktur ist eine Gleichbehandlung aller Fachspezialitäten zentral. Die laufende Tarifrevision bleibt inhaltlich und zeitlich eine grosse Herausforderung.

**Präventionskommission FMH** – Nachdem der Geschäftsführer des Kollegiums für Hausarztmedizin (KHM), Dr. med. Ueli Grüninger, Ende April 2015 in den Ruhestand getreten ist, soll Dr. med. Stefan Neuner-Jehle, Programmleiter Gesundheitscoaching und Lehrbeauftragter am Institut für Hausarztmedizin der Universität Zürich, als Vertreter der Hausärzte in die Präventionskommission gewählt werden. Der Zentralvorstand (ZV) genehmigt, dass Stefan Neuner-Jehle die Nachfolge von Ueli Grüninger als Vertretung der Hausärzte antritt.

**Vereinbarung Fachinformationen zu übertragbaren Krankheiten** – Die Kantone äusserten in der Vergangenheit mehrfach den Wunsch, dass in spezifischen Fällen wie bei Pandemien ein direkter Kommunikationskanal zwischen dem BAG und der schweizerischen Ärzteschaft geschaffen werde. Dieser würde in erster Linie der Bereitstellung von wichtigen, zeitkritischen und allgemeinen Informationen dienen, die alle Ärztinnen und Ärzte betreffen. Damit dieser Kanal in Zukunft zur Verfügung gestellt werden kann, beauftragt der ZV das Departement Gesundheitsförderung und Prävention, gemeinsam mit dem BAG den dafür notwendigen Vereinbarungstext zu entwerfen und dem ZV erneut vorzulegen.

**Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen** – Im Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) widerspiegeln die Rückmeldungen der betroffenen Fachgesellschaften die kritische Einstellung insbesondere zum administrativen Mehraufwand und komplizierteren Prozedere zum Therapiezugang für die Patienten. Die FMH be-

fürchtet, dass durch die vorgesehenen Regelungen sinnvolle und wirksame Tumorthapien verzögert werden könnten.

**IPAG EPD** – Die interprofessionelle Arbeitsgruppe EPD (IPAG EPD) hat zu den Themen eMedikation und eAustrittsbericht Arbeitsgruppen eingesetzt. Deren Berichte liegen nun vor und werden nach der internen Anhörung in den IPAG-Verbänden an das Koordinationsorgan eHealth überwiesen. Beim Thema eMedikation werden 4 sogenannte eDokumente vorgeschlagen (eMedikamentenplan, eRezept, eAbgabedokument und ePharmaceutical Advice), beim eAustrittsbericht ein modulares Modell, in welchem die einzelnen Module berufsspezifisch zusammengesetzt werden können. Der ZV heisst die Berichte gut und ist mit der Weiterleitung an das Koordinationsorgan eHealth einverstanden.

**Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative** – Die vorgeschlagene Kontingentsregelung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird voraussichtlich sowohl für die ambulante und stationäre Patientenbetreuung als auch für die medizinische Forschung und Lehre gravierende Auswirkungen haben. Aufgrund der nach der ersten Lesung eingegangenen Stellungnahmen verabschiedet der ZV den Stellungnahmeentwurf in zweiter Lesung.

**Symposium Patientenlaufstellen** – Das Symposium Patientenlaufstellen hat als Ziel, den Austausch zwischen FMH-eigenen und externen Patientenlaufstellen und die Koordination der Aktivitäten sicherzustellen. Dieses Symposium soll erst im Frühling 2016 durchgeführt werden, um die in diesem Jahr laufenden Prozesse in den kantonalen Ständekommissionen bis dahin umsetzen zu können und eine klarere Kommunikation gegenüber den externen Partnern zu ermöglichen. Durch eine rasche Information über dieses geplante Vorgehen soll auch der parlamentarischen Interpellation zu einer Ombudsstelle für die Patientensicherheit geantwortet werden. Der ZV stimmt sowohl der Verschiebung des Symposiums als auch der Information an die Patientenorganisationen über das beschlossene Vorgehen zu.